Nacht-Telegramm.

Petersburg. Es sollen zunächst sämmtliche in Metall-Geldern im Auslande existirenden russischen Anleihen in nachbenannter Reihenfolge konvertirt werden: Auswärtige Anleihe von 1877, fünfprozentige Rente von 1870, 1871, 1872, 1873 und 1884, Elektrische fünfprozentige Anleihe von 18[illegible], wahrscheinlich auch die beiden englisch-holländischen Anleihen. Nachher sollen die drei inneren Orient-Anleihen konvertirt werden.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Prachtvolle Neuheiten
in Gesellschafts-, Ball-, Theater- und Strassen-Fächern, sowie die allerneuesten Renaissance- und Rococco-Schmucksachen, als: Colliers, Broschen, Ohrringe, Nadeln im Haar etc. sind soeben **wieder eingetroffen.**
Reizende Zimmer-Decorationen in Bronzen, Majoliken, Terracotten etc., passend für Hochzeits-, Geburtstags-, Fest- u. Gelegenheits-Geschenken.
Grosse Auswahl von Landes-Gesangbüchern.
Friedrich Pachtmann,
Schlossstr. 30 b.

A. E. SIMON **Los Postres,**
garantirt rein Havana Londres, von feinem Geschmack und Aroma, pikante Qualität, pro Mille 100 Mk., pro St. 10 Pfg., empfiehlt
A. E. Simon, Pillnitzerstr., Ecke Circusstr.

Gardinen-Fabrik
von **Ed. Doss i. Auerbach i. V., Special- u. Hauptgesch. Dresden, Waisenhausstr. 25 (Victoria-Salon),** empf. **sächs., engl., schweiz. Gard.** in weiss, crême, bronzegoldfarb. echt Filet-Guip. etc. **Fenster v. 3 bis 100 Mk.**
Mustersend. prompt. Roster zu herabgesetzten Preisen.

Apotheker F. Bachmann's
Tannin-Bade-Extract,
vorzüglichstes Mittel gegen Frostschäden und rheumatische Leiden, zur bequemen Herstellung der Lohebäder. Zu haben in allen Apotheken, à Flacon 50 Pfg.
Hauptdepot: **Johannis-Apotheke,** Dippoldiswaldaerpl.

Erste u. grösste Masken- u. Theatergarderobe, Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren und Damen. **Max Jacobi,** Galeriestrasse 2, parterre und erste Etage. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Nr. 70. 31. Jahrgang. Auflage: 42,000 Expl. | Witterungsaussichten für den 11. März: Ostwind von mittlerer Stärke bei durchschn. geringer Bewölkung, ohne wesentliche Niederschläge. Temperatur während der größten Zeit unter Null. Oertliche und zeitweise Nebelbildung. | **Dresden,** 1886. **Donnerstag, 11. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Auch in der Kommission wird Fürst Bismarck nicht erscheinen, um zu erproben, ob das Branntwein-Monopol zu retten ist. Vorige Woche noch hatte der Reichskanzler in einer „kleinen Botschaft" dem Reichstage angezeigt, daß er in der betr. Kommission die Vorlage persönlich vertreten werde. Jetzt verkündet sein Leibblatt, daß da das Monopol aussichtslos sei, Fürst Bismarck den Kommissionsberathungen fernbleiben werde. Es könne, heißt es, nicht Zweck der Betheiligung des Reichskanzlers an den Kommissionsberathungen sein, die verschiedenen über die Branntweinbesteuerung vorgebrachten Ansichten in einen neuen Gesetzentwurf zu fassen. Das trifft vollkommen zu. Die Zeit und Arbeitskraft des Reichskanzlers ist zu kostbar, sie ist für die Wahrung der Stellung Deutschlands nach Außen hin und für die Leitung der inneren Politik in großen Zügen zu unentbehrlich, als daß er beides an die Ausarbeitung von Einzelheiten eines Steuergesetzes verwenden sollte. Diese Arbeit ist Sache der Geheimräthe und Unterstaatssekretäre. Wenn jedoch das Kanzlerblatt hinzufügt, Fürst Bismarck sei durch die Entschließungen des Bundesraths an das Branntwein-Monopol gebunden, so kann damit der Schein erweckt werden, als sei das so verhaßte Branntwein-Monopol der ursprüngliche Gedanke der Einzelstaaten gewesen. Das kann höchstens von Preußen gelten. Der preußische Finanzminister v. Scholz hat den Monopolentwurf ausgearbeitet und den Reichskanzler dafür zu gewinnen verstanden; er ist zu den Finanzministern nach München, Stuttgart, Karlsruhe und Dresden herumgereist und es mag ein saures Stück Arbeit gewesen sein, die schweren volkswirthschaftlichen und sozialen Bedenken, auf die Herr v. Scholz dabei gestoßen sein muß, zu überwinden. Der Monopolentwurf ist zuletzt als preußischer Antrag im Bundesrathe eingebracht worden. Es entspricht ganz der Zähigkeit des Bismarck'schen Charakters, daß er auch jetzt noch — sei es selbst ehrenhalber! — an dem Monopol festhält und dasselbe als die richtigste Form der Branntweinbesteuerung hinstellt. Nur dagegen ist Front zu machen, als ob etwa die Einzelstaaten ihr Herz so sehr an das Monopol gehängt hätten und darauf wie versessen wären. Im Gegentheil haben diese einigen Grund zur Verwunderung, daß sie erst für das Monopolprojekt engagirt worden sind, das alsdann im Reichstage erst schwächlich vertheidigt und nachher ganz aufgegeben wurde. Kein einziger der Kollegen des Finanzministers v. Scholz ist ihm in der Vertheidigung des Monopols beigesprungen. Herr v. Bötticher, der doch sonst in volkswirthschaftlichen Fragen als nicht schlecht orientirt gilt, erklärte ausdrücklich, daß er über das Materielle der Monopolfrage nicht sprechen wolle; der Minister für Landwirthschaft, Dr. Lucius, der über den technischen Theil der Frage am genauesten unterrichtet ist, half seinem Ministerkollegen auch nicht aus der Klemme, und Fürst Bismarck erschien weder im Reichstage, noch wird er es in der Kommission thun. Daß Gerüchte über den Rücktritt des Herrn v. Scholz auftauchen, begreift sich unter solchen Umständen leicht.

Auf die Meldung von erneutem Unwohlsein des Kanzlers, das ihn an der Betheiligung der Parlamentsarbeiten hindere, ist nicht viel zu geben; eine rasche Besserung ist oft schon eingetreten und auch diesmal zu hoffen. Bei seinem letzten parlamentarischen Diner war Fürst Bismarck besonders aufgeräumt und gesprächig. Es waren fast nur preußische Pairs eingeladen — die Mitglieder der Kommission, die im Herrenhause die kirchenpolitische Vorlage berathen, darunter der Bischof von Fulda, Dr. Kopp, der im Amtsornate an Bismarck's Tafel speiste. Dieser selbst hatte zu Ehren des geistlichen Gastes den brillantenstrahlenden Christusorden angelegt. Der deutsche Kanzler erging sich in hohem Lobe des römischen Papstes. Es scheinen mehr als bloße Höflichkeitsphrasen gewesen zu sein. Einen bis in die Tiefe der Dinge reichenden Blick zeigte Fürst Bismarck, als er an Papst Leo XIII. rühmte, daß dieser erleuchtete und scharfsinnige Staatsmann erkannt habe, welche Bedeutung ein konservatives und geordnetes Staatswesen im Mittelpunkt Europas, wie Deutschland, gegenüber der allgemeinen Lage der Verhältnisse besitze. In diesen Worten ist der Schlüssel enthalten für die Annäherung zwischen Papst und Kaiser. Auch das Oberhaupt der katholischen Kirche entzieht sich nicht derselben Wahrnehmung, die schon die weltlichen Mächte ausnahmslos gemacht haben: daß die Freundschaft des deutschen Reiches werthvoll ist. Will der Papst sich diese Freundschaft sichern, so darf er nicht als der einseitig Fordernde auftreten, sondern muß auch, unbeschadet der Grundsätze seiner Kirche, den Lebensbedingungen und thatsächlichen Verhältnissen des deutschen Reiches Genüge thun. Auf diesem Wege ist Leo XIII. Der Abschluß der kirchlichen Wirren in Preußen ist bei dieser Erkenntniß und Stimmung des Papstes binnen Kurzem zu erwarten.

Ehe das englische Parlament an die Alles zurückdrängende irische Frage geht, erledigt es ein stattliches Arbeitspensum. Alles scheint sich in großer Freundschaft und gegenseitigen Zugeständnissen zu ordnen. Die Irländer selbst, die früher jede Geschäftserledigung durch ihre Obstruktionspolitik vereitelten, oder doch hemmten, bewahren eine ruhige, freundliche Haltung, von den nächsten Wochen die Erfüllung ihrer Wünsche erwartend. Fragen, die noch vor einem Jahre eben so viele Zankäpfel in beiden Häusern gewesen wären, werden unter dem einträchtigen Zusammenwirken aller Parteien mächtig gefördert. Sie beziehen sich auf die Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes für Unfälle, die Errichtung staatlicher Arbeitsnachweis-Anstalten, die Arbeitsbeschränkung in offenen Geschäften, die Abschaffung „ewiger" d. h. erblicher Pensionen und andere arbeiterfreundliche Maßregeln. Das Gesetz, welches die Bildung kleiner Bauerngüter in Schottland bezweckt, wurde sogeben im Unterhause in einer einzigen Sitzung erledigt und auch im Oberhause wird es nicht scheitern. Dort giebt der Sohn des Herzogs von Sutherland das eben so seltene als ruhmliche Schauspiel, als Anwalt der Hochlandpächter aufzutreten, die nirgend grausamer von ihren Wohnstätten vertrieben wurden, als auf den Sutherland'schen Herrschaften mit ihren 120,000 Acres. Die alte Herzogin ließ in einer Nacht 40 Dörfer niederbrennen, aus denen die Bauern nicht fortziehen wollten, und ihr Enkel, der künftige Herr der größten Großgrundbesitze im ganzen Königreiche, beantragt jetzt, die Pächter vor der Willkür der Gutsherren zu schützen! Die alte Zeit muß sich mit der Herzogin im Grabe umdrehen! Wird der Gladstone'sche Plan betreffs Irlands nur einigermaßen verwirklicht, so bereitet sich eine Staatsveränderung in dem vereinigten Königreiche Großbritannien vor, die zu den denkwürdigsten Ereignissen dieses Jahrhunderts zählen dürfte. Es geschieht damit der erste Schritt, den großbritannischen Einheitsstaat in einen Bundesstaat umzuwandeln. Allerorten regen sich in dem vereinigten Königreiche Separationsgelüste — wir Deutschen würden sagen: der Partikularismus. Wenn sich Irland aus dem parlamentarischen Verbande Großbritanniens herausbrennt, so fordern ein Gleiches Schottland und Wales auch; der Gedanke ist aufgetaucht, den Einheitsstaat in einen Bund von 7 Staaten (Heptarchie) zu zerlegen, deren jeder ein Lokalparlament hat, welches die entsprechende Zahl von Vertretern in einen Reichssenat entsenden würde. Das Gleiche hätten die britischen Kolonien zu thun. Dieser Reichssenat und die Krone bildeten das gemeinsame Band. Alles Das sind einstweilen nur nebelhafte Bilder, aber die Umrisse einer künftigen britischen Conföderation schweben manchem erleuchteten Patrioten Großbritanniens vor. Wir von unserem deutschen Standpunkte aus finden es ganz begreiflich, wenn in unseren angelsächsischen Vettern sich der Partikularismus, der mit dem Grundcharakter des Germanenthums unauflöslich verbunden ist, regt. Die großen gemeinsamen Interessen des Nationalstaats kraftvoll wahrzunehmen, ist die sich auf einen Reichssenat stützende Krone sehr wohl und noch besser im Stande, als jetzt, wo ein Theil der Monarchie, Irland, am liebsten aus der Gemeinschaft hinauswill und die wichtigsten Kolonien im Londoner Parlament unvertreten sind. Eine solche Conföderation würde die Selbstständigkeitsgelüste von Britisch-Nordamerika, Australien und Ostindien beschwichtigen. Von jenen Zukunftsgebilden aber abgesehen, so ist es besonderer Hervorhebung werth, wie rasch sich die öffentliche Meinung Englands mit den irischen Plänen Gladstone's befreundet hat. Als zuerst eine Andeutung davon durch die Presse ging, begegneten sie fast überall einer zum Theil heftigen Zurückweisung. Wenige Wochen haben genügt, die Bevölkerung Englands damit vertraut zu machen. Dazu hat die Erkenntniß mächtig beigetragen, daß keine Partei und kein Staatsmann zu finden ist, der Irland in der bisherigen Weise ferner noch regieren zu können sich getraute oder möchte. Irland sein Recht werden zu lassen, das ist ein Gedanke, der dem englischen Volke nur zur Ehre gereicht. England wird sich des maßgebenden Einflusses auf Irland niemals entschlagen können — zum Heile der Irländer selbst. Denn diese besitzen, gleich den Polen, keine staatenbildende, keine staatenerhaltende Kraft, sie bedürfen der Leitung durch ein großes Gemeinwesen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 10. März.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Kultusetats bei der Forderung für den altkatholischen Bischof fort. Abg. Dr. Lieber beschwerte sich heftig darüber, daß die Altkatholiken in Wiesbaden noch immer die dortige katholische Kirche benützen. Abg. v. Eynern (nationall.) kritisirte die Haltung des Centrums, die nur geeignet sei, das angebahnte Friedenswerk zu zerstören. Diejenigen Mitglieder im Centrum, welche den Frieden wünschten, sollten sich von dem intransigeanten Welfenführer lossagen.

Berlin. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen betreffend die Erhebung einer Schiffahrtsabgabe auf der Unterweser und Heranziehung der Militärpersonen zu den Kommunalabgaben. Derselbe berieth den Antrag Windthorst, betreffend die Unzulässigkeit der Anwendung des Zeugnißzwangverfahrens gegen einen Abgeordneten. Abg. Windthorst: Wenn die Abgeordneten gezwungen werden könnten, die Quellen ihrer Informationen zu nennen, so würde die Redefreiheit vernichtet sein. — Abg. Bernuth (nat.-lib.) beantragt die Kommissionsberathung, indem er die Bedeutung der Frage anerkennt. — Abg. Hammerstein (kons.) ist gegen den Antrag, der eine Parlamentsjustiz einführen würde. — Abg. Hänel (freis.) ist für den Antrag. Die Pflicht der Zeugenaussagung könne für Abgeordnete nicht bestehen, auch Aerzte, Rechtsanwälte und Geistliche könnten das Zeugniß verweigern, bezüglich Dinge, die sie in Ausübung ihres Berufes erfahren. Von der Verantwortung im Strafprozeßverfahren könne nur gegenüber Angeklagten die Rede sein, nicht gegenüber einem Zeugen. Deklarirt könne eine zweifelhafte Verfassungsbestimmung nur durch Gesetz werden, der Eingriff des Reichstages sei unzulässig. — v. Reinbaben ist gegen den Antrag, Pfafferott dafür. Nach längerer juristischer Auseinandersetzung wird der Antrag an die Geschäftsordnungskommission verwiesen. — Graf Moltke begründet eine von ihm eingebrachte Novelle zum Militärpensionsgesetz. Der Antrag sei keineswegs ein Schachzug der konservativen Partei gegen das Beamtenpensionsgesetz. Er habe den Antrag eingebracht, weil es ihm unbillig erscheine, die Offiziere länger warten zu lassen. Durch Einbringung der Offiziersteuervorlage sei ein Stein des Anstoßes für seinen Antrag fortgeräumt worden. Das Fundament des Friedens und der diplomatischen Wirksamkeit sei die Armee. Sie stark und freudig zu erhalten, bezwecke sein Antrag (Beifall). — Abg. Benda (nat.-lib.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission, der auch die Offiziersteuervorlage zu überweisen sei. — Abg. Baumbach (freis.): Der Stein des Anstoßes sei noch nicht weggeräumt, da die landesgesetzliche Regelung der Offiziersteuerfrage unannehmbar sei. Während die Beamten durchschnittlich im 60. Lebensjahre pensionirt würden, geschehe dies bei Offizieren bereits im 40. — Abg. Windthorst wünscht Garantien für die Ausführung der Offiziersteuer in den Einzelstaaten. Er und seine Freunde wünschten eine baldige Regelung der Frage mit Rücksicht auf alle Betheiligten. Speziell aber dem Antragsteller eine Freude zu bereiten, nehme er gern Gelegenheit. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf dankt dem Antragsteller für den Antrag, dessen Annahme jetzt zu erwarten sei. — Abg. v. Manteuffel (kons.) kündigt einen Antrag an, nach dem das Militärpensionsgesetz rückwirkende Kraft erhalten solle. Abg. Meyer-Jena (nat.-lib.) zieht die Regelung der Kommunalsteuerfrage durch das Reich vor, stimmt aber eventuell für Regelung durch die Einzelstaaten. — Abg. Richter ist gegen den Antrag, der schließlich an eine Kommission verwiesen wird. Morgen Berufung, Petitionen und Arbeiterschutzanträge.

Die **Berliner Börse** eröffnete im Anschluß an niedrige auswärtige Notirungen schwach, das Angebot erhielt sich indeß in engen Grenzen und erreichte auch auf dem Montangebiet keine größere Ausdehnung. Spekulative Banken waren schwächer, Bahnen behauptet, Galizier und Tuxer höher, ausländische Fonds abgeschwächt. Von russischen Werthen waren Orientanleihen bevorzugt, Bergwerke infolge weichender Glasgow-Notirungen, sowie in Folge des Rückgangs der Verschiffungen weichend, später erfuhren russische Goldanleihen Rückgang. Bergwerke erholten sich auf schlesische Berichte. Im Kassaverkehre waren Bahnen behauptet, Banken schwächer, Bergwerke wenig verändert, Industrien ruhiger und niedriger, von österreichischen Prioritäten Silberprioritäten sehr fest. Privatdiskont 1⅝ Proz.

Frankfurt a. M., 10. März. Credit 240¼. Staatsbahn 207¼. Lombarden 102. Galizier 171¼. Egypter 63,90. Ungar. Goldrente 84,50. Gotthardbahn —,—. Disconto 211,50. Dresdner Bank 131. Ziemlich fest.

Wien, 10. März. Credit 256,50. Staatsbahn 256,60. Lombarden 126,00. Nordwestb. 174,00. Marknoten 62,5. Ung. Credit 304,75. Ruhig.

Paris, 10. März. Schluß. Rente 82,62. Anleihe 109,75. Italiener 98,20. Staatsbahn 516¼. Lombarden —,—. do. Prioritäten —. Spanier 58,43. Oest. Goldrente —. Egypter 353,00. Ottomanen 547,81. Unentschieden.

London, 10. März. Vormit. 11 Uhr 10 Min. Consols 101⅛. 1873er Russen 99⅞. Italiener 97¾. Lombarden 10 7/16. Konv. Türken 16 1/16. 4proz. fundirte Amerikaner 129⅝. 4proz. Ungar. Goldrente 81¼. Oesterr. Goldrente 93. Preuß. Consols 104. Egypter 79. Neue Egypter 98¼. Ottomanbank 11 1/16. Suez-Actien 85¼. — Stimmung: matt. — Wetter: Frost.

Stettin, 10. März. Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen behauptet, loco 153—154, pr. April-Mai 156,50, pr. Sept.-Oct. 165,50. Roggen unverändert, loco 122—130, pr. April-Mai 131,50, pr. September-October 138,00. Rüböl unverändert, loco pr. April-Mai 43,75, pr. September-October 55,50. Spiritus unverändert, loco 35,50, pr. April-Mai 36,40, pr. Juni-Juli 38,00, pr. Juli-August 38,70. Petroleum loco versteuert Usance 1¼, Prov. Tara 12,20.

Breslau, 10. März. Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proz. pr. März 34,50, pr. April-Mai 35,40, pr. Juli-August 38,00. Roggen pr. März 127,00, pr. April-Mai 130,00, pr. September-October 140,00. Rüböl loco pr. März 45,00, pr. April-Mai 45,00. Hanf fest. Wetter: Schön, kalt.

Amsterdam (Produkten). 10. März. (Schluß.) Weizen per März 207, per Mai —. Weichend. Roggen per März 123, per Mai 126. Weichend.

Lokales und Sächsisches.

— Vorgestern schlossen am Kgl. Hofe die Karnevalsfestlichkeiten mit einem großen Balle ab, zu welchem über 800 Einladungen ergangen waren. Dem Balle wohnten auch Ihre Kgl. Hoheiten die Prinzen Alexander zu Sachsen-Weimar und Albert von Sachsen-Altenburg bei. Am Büffet wurde diesmal auch wieder neben dem Champagner 2c. dem von Herrn John gelieferten Waldschlößchen-Kronenbier mit Vorliebe zugesprochen.

— Ihre Maj. die Königin beehrte gestern Nachmittag den Ausstellungs-Salon der Hofkunsthandlung von Ernst Arnold mit einem Besuch, um den von Ferdinand Wagner-München gemalten, figurenreichen und künstlerisch hervorragenden Wandschirm in Augenschein zu nehmen.

— Ihre Kgl. Hoheit die Großherzogin von Oldenburg ist gestern Vormittag nach Altenburg abgereist. Die hohe Frau ist eine geborene Prinzessin von Altenburg. Se. Kgl. Hoh. der Großherzog selbst wird noch einige kurze Zeit hier im Hotel Bellevue verbleiben, um seine Kur (schwedische Heilgymnastik) zu beenden.

— Auf die Zeit vom 7. bis mit 20. d. hat den Kammerherrn-Dienst bei Sr. Majestät dem König Kammerherr Graf Luckner übernommen.

— Vergangenen Montag gab Se. Excellenz Herr Generallieutnant v. Tschirschky und Bögendorff in Leipzig zu Ehren Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Friedrich August ein Ballfest von 350 Personen im Saale des kaufmännischen Vereins. Unter den Geladenen befand sich auch die Familie v. Schönburg, die Generalität, der größte Theil des Offizierkorps aus Leipzig und Grimma 2c. Das Souper wurde an zwei großen Buffets eingenommen und vom Hoftraiteur Siegel aus Dresden in gewohnter Güte geliefert.

— Landtag. Mit Rücksicht auf den bereits angekündigten Schluß des Landtags hatte die 2. Kammer in der Tagesordnung der gestrigen Sitzung allen vorhandenen Berathungsstoff zusammengefaßt. Zunächst referirte Abg. Opitz über den bekannten Gesetzentwurf, welcher die Bestimmung der sächsischen Armenordnung aufhebt, nach welcher die Uebernahme der Hälfte des Schulgeldes durch die Armenkasse den Verlust des Wahlrechtes bedingt. Abg. Bebel frägt an, ob Schulgelderreste nach dem vorliegenden Gesetzentwurf auch bezüglich der Gemeinde- und Landtagswahlen nicht als Armenunterstützung gelten sollten, was der Referent nur insoweit bejaht, als es sich um bereits bestehende Reste handelt, da das Gesetz nicht rückwirkende Kraft haben könne. Nachdem Abg. v. Carlowitz den Gesetzentwurf mit Freuden begrüßt, ertheilt die Kammer demselben ihre Zustimmung. — Den zweiten Berathungsgegenstand bildet der in der 1. Kammer vom Grafen Könneritz eingebrachte und von derselben acceptirte Antrag auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter durch das Justizministerium (Ref. Bönisch). Abg. v. Vollmar zieht Parallelen zwischen den in der Reichstagskommission vorliegenden Anträgen und dem von der 1. Kammer acceptirten Antrag. Wenn sich jene auch nicht auf die unschuldig erlittene Untersuchungshaft erstreckten, so machten sie doch wenigstens keinen Unterschied bezüglich der Art, in welcher die Freisprechung erfolgte, während der vorliegende Gesetzentwurf die Entschädigungsansprüche derart verklausulire, daß er kaum etwas nützen werde. Seine Partei ginge von der Anschauung aus, daß der Staat grundsätzlich zu einer Entschädigung von Rechtswegen verpflichtet sei für jede Freiheitsberaubung, ob sie nun als Untersuchungs- oder Strafhaft unschuldig erlitten sei. Aus diesem Grunde werde seine Partei gegen den Gesetzentwurf stimmen. Ref. Bönisch bedeutet dem Vorredner, daß der Antrag nicht eine endgiltige Lösung der Entschädigungsfrage bezwecke, sondern daß man diese dem Reichstage überlassen müsse. Der Werth des vorliegenden Antrags liege darin, daß die Kammer offiziell aussprechen, sie wolle auf diesem Wege einen Schritt vorwärts gehen, und, da ihr in dieser Beziehung das Gesetzgebungsrecht nicht zustehe, das acceptiren, was sie erreichen könne. Gegen die 5 Stimmen der Sozialdemokraten wird der Antrag hierauf angenommen. — Ohne eigentliche Debatte läßt die Kammer die Petition Straßburgers in Reinersdorf um Aufhebung beziehentlich Abänderung des Gesetzes über die Theilbarkeit des Grundeigenthums auf sich beruhen (Ref. Däbritz). Abg. Philipp wünscht hierbei nur, daß das Ministerium eventuell amtlich gegen einen Amtshauptmann einschreite, der sich nach einer Behauptung des Petenten ungehörige Aeußerungen habe zu Schulden kommen lassen. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erklärt, daß der betreffende Beamte entschieden und glaubwürdig in Abrede gestellt habe, die gerügten Aeußerungen gethan zu haben. — Die Petition und Beschwerde des Kaufmanns Almar Martin in Chemnitz wegen Versagung des Bürgerrechtes provocirte in der Kammer eine Debatte über die Eidesleistung wie sie das englische Parlament (cf. die bei jeder Session wiederkehrenden Bradlaughdebatten) oft gesehen. Der Petent konnte bisher das Chemnitzer Bürgerrecht nicht erwerben, weil ihm die Abnahme des Unterthanseides verweigert worden ist. Als Dissident hatte er Anfangs die Leistung dieses Eides verweigert. Später hat er sich hierzu bereit erklärt. Er werde auch das in der Eidesformel enthaltene Versprechen für sich für bindend erkennen, glaube aber im Uebrigen nicht an einen persönlichen Gott und betrachte die Eidesformel und Eidesleistung als bloße Formel und daher als überflüssig. Auf diese Erklärung hin hatte man ihm die Eidesleistung verweigert und seine Beschwerden abgewiesen. Ueber diesen Fall referirt Abg. Dr. Mehnert und beantragt, die Petition auf sich beruhen zu lassen, da der zu leistende Eid ein religiöser sei, der Art, daß die Bezugnahme auf die Religion ein Essentiale desselben bildet. Abg. Kubach hält es für bedauerlich und für einen für

Panzer-Geldschränke empfehlen von 120 Mark an
Schladitz & Bernhardt, Dresden, 7 Waisenhausstr. 7 (Café König).